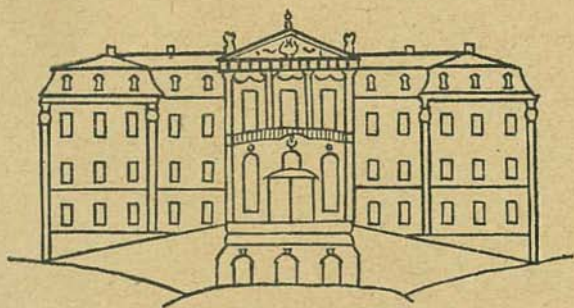


Hefte aus Burgscheidungen

Günther Naundorf

**Die Verwirklichung
christlicher Anliegen im Sozialismus**



1

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto
Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Eing.-Nr. 9852/69
Sign. C 710

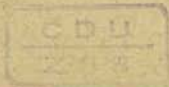
Hefte aus Burgscheidungen

Günther Naundorf

Die Verwirklichung
christlicher Anliegen
im Sozialismus

1

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union



INHALT

I. Der soziale Gedanke in der Urchristenheit	1
II. Der Verlust des sozialen Gedankens in der Christenheit	11
III. Die Begegnung der Christenheit mit der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit	18
IV. Die Verwirklichung christlicher Anliegen in der sozialistischen Gesellschaftsordnung	21
Literaturverzeichnis	32

I. Der soziale Gedanke in der Urchristenheit

Die Antike kannte kein soziales Denken und Handeln, der Begriff der Nächstenliebe war ihr völlig fremd. Eine Gesellschaftsordnung, deren tragendes Prinzip die Sklaverei war, also die völlige Entrechtung weitester Teile der Menschheit, eine Gesellschaftsordnung, die das Verhältnis des Menschen zum Mitmenschen selbst als das eines Wolfes charakterisierte, kannte keine Ehrfurcht vor dem Leben des Mitmenschen. Seit den Tagen Platons und des Aristoteles sah man in dem warmen Empfinden für den Nächsten geradezu eine Krankheit oder ein Laster!

Demgegenüber war dem Urchristentum der soziale Gedanke wesenseigen. Er kam aus der christlichen Botschaft selbst und war verkörpert in der Nächstenliebe, die tragendes Glaubensprinzip der Urchristenheit war. Sie ist das Zeichen für die Echtheit der Liebe des Menschen zu Gott. Sie entspringt dem Bewußtsein der Verantwortung vor Gott. Aus dieser Verantwortung wurde der christliche Tatgedanke geboren, d. h. die Nächstenliebe blieb kein abstrakter Glaubenssatz, sondern wurde gelebt und in Taten verwirklicht. Das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott, der da gesagt hat:

„So jemand spricht, ich liebe Gott, und haßt seinen Bruder, der ist ein Lügner. Und dieses Gebot haben wir von Gott, daß, wer Gott liebt, er auch seinen Bruder liebe“ (1. Joh. 4, 20 fg.),

dieses Bewußtsein der Verantwortung läßt es nicht zu, sich auf die Beziehungen zu Gott zu beschränken und das Verhalten zu den Mitmenschen als nebensächlich für den Glauben anzusehen.

„Nicht alle, die zu mir sagen, Herr, Herr, würden darum in das Himmelreich eingehen, sondern nur wer den Willen meines Vaters tut“ (Matth 7, 21).

Die praktische Verwirklichung der Nächstenliebe durch die altchristliche Kirche ließ Einrichtungen und Werke der mannigfaltigsten Art entstehen, die alle von der Sorge um den Mitmenschen bestimmt waren. Man verbindet das Abendmahl, das in der urchristlichen Kirche nicht nur in der Andeutung der Einnahme einer Mahlzeit bestand, mit der Armenspeisung, man lädt die Armen zum Essen ein, sorgt dafür, daß sie nicht zu hungern brauchen, und stärkt damit zugleich den Gedanken der Gemeinschaft aller Glieder der Kirche. Man gibt den Armen Kleidung und Geldmittel, um ihre dringendsten Bedürfnisse befriedigen zu können. Bald dehnt man die Fürsorge auf Witwen, Waisenkinder und Kranke aus. Arme Gemeinden werden von wohlhabenderen durch Sammlungen, deren Ergebnis man ihnen zur Verfügung stellt, unterstützt. Aus uns erhalten gebliebenen Listen geht hervor, daß es sich in einzelnen Gemeinden um Tausende von Unterstützten gehandelt hat, die alle namentlich erfaßt waren.

Derartige Mittel genügen aber nicht mehr, als die Christenheit zahlenmäßig immer mehr erstarkt. Da wird es notwendig, Einrichtungen im großen zu schaffen: alle möglichen Anstalten, für die es in der damaligen Zeit noch keine Vorbilder gibt, entstehen. Herbergen treten in Erscheinung, Armenhäuser, Altersheime, Krüppelhäuser, Krankenhäuser. Diese Entwicklung setzt in der zweiten Hälfte des dritten Jahrhunderts ein. Wir gewinnen die Vorstellung einer geregelten Sozialfürsorge und wohlgeordneten Verwaltung. Wenn wir uns von der Art der Anlagen auch keine klare Vorstellung machen können, so wissen wir doch, daß es sich keinesfalls um primitive Einrichtungen gehandelt hat; wir hören von Krankenhäusern, die hundert, ja sogar zweihundert Betten enthalten haben und mit besonderem Pflegepersonal ausgestattet waren, das ausschließlich in der Krankenpflege beschäftigt war.

Wenn man sich das alles vergegenwärtigt, so könnte man zu der Ansicht gelangen, daß die Urchristenheit ein regelrechtes soziales Programm aufgestellt habe. Dem ist aber nicht so. Gewiß, das Gefühl dafür, daß eine neue Gesellschaftsordnung vonnöten sei, war verbreitet; Beweis dafür sind die Sklavenaufstände, die bereits lange vor Christus einsetzten und die damals bestehende Ordnung ernstlich gefährdeten. Es wäre aber völlig falsch, anzunehmen, daß die Urchristen etwa den Umsturz auf ihre Fahnen geschrieben und ein revolutionäres Programm im

heutigen Sinne aufgestellt hätten. Sie handelten lediglich entsprechend dem Vorbild, das Jesus Christus ihnen gegeben hatte.

Jesus aber hat kein Sozialprogramm verkündet, nach dem etwa die Gesellschaft seiner Zeit neu und besser geordnet werden könne. Er weckte vielmehr die Kraft, sich auf ein wirkliches Menschsein zu besinnen. Die Folgen, die sich aus dem neuen Glauben für das Leben des Alltags ergeben, hat er nur angedeutet und sich darauf beschränkt, die Wurzeln des rechten Verhaltens von Mensch zu Mensch aufzuzeigen und auf die Kräfte hinzuweisen, die zur Überwindung der Schäden der Gesellschaftsordnung seiner Zeit und auch der sozialen Schäden der Folgezeit in Frage kommen konnten. Ein in allen Einzelheiten formuliertes Programm zur Änderung der Gesellschaftsordnung der Sklaverei hätte auch der überzeitlichen Sendung Jesu widersprochen.

Trotzdem hat die Christenheit in der Sklavenhaltergesellschaft revolutionierend gewirkt. Die Menschen der damals bestehenden Gesellschaft wurden vom Evangelium her verantwortlich angesprochen; der Glaube ergriff den ganzen Menschen; er beschränkte sich nicht allein auf die Sphäre des Denkens, sondern umfaßte das ganze Erleben des Menschen. Daher mußten die christlichen Formen des Gemeinschaftslebens in dem Maße, in dem das Christentum mehr und mehr das ganze römische Imperium erfüllte, auch für die Allgemeinheit vorbildlich und schließlich bestimmend werden. Da das Christentum nicht nur eine geistige Bewegung war, hat es, indem die Christen von der Nächstenliebe her zu einem betont religiös motivierten Handeln gelangten, die römische Sklavenhaltergesellschaft nach und nach aufgelöst.

Die Christenheit hat also allein durch ihr Glaubensbewußtsein in der damals bestehenden Gesellschaftsordnung revolutionierend gewirkt. Oder anders ausgedrückt: der Einbruch der Liebe Gottes in die menschliche Geschichte ist das Geheimnis der weltbewegenden Kraft des Christentums. Durch die Verwirklichung ihres Glaubens hat die Urchristenheit die damaligen unsocialen Denkgewohnheiten und gesellschaftlichen Auffassungen durchstoßen und wirkte so als eine Kraft von morgen entsprechend jenem Gesetz des Handelns, das im Wesen der christlichen Botschaft begründet liegt. Der Christ tritt als

Mensch zu Gott in ein neues Verhältnis. Er wird sich dessen bewußt, daß er Gott einst über sein Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen haben wird. Indem er der Liebe Gottes teilhaftig wird, übernimmt er eine Verantwortung, die auch auf sein Verhältnis zum Mitmenschen nicht ohne Einfluß bleiben kann. Indem der Christ Gott als Wirklichkeit anerkennt, gewinnt er ein bis dahin unbekanntes Maß von Freiheit gegenüber seiner Zeit. Diese innere Freiheit ermöglicht dem Christenmenschen, eine bessere menschliche Gesellschaft bilden zu helfen.

Die Erneuerung des Lebens durch die Liebe Christi reißt die sozialen Schranken nieder, und das Christentum verändert in seinem Wirkungsbereich die ökonomischen Verhältnisse. Für die Christen wird der Sklave, der bis dahin nur ein „sprechendes Werkzeug“ und völlig rechtlos war und sogar von dem Sklavhalter getötet werden konnte, zum gleichberechtigten Mitmenschen, der wie jeder andere Mensch auch Treue und Klugheit, Wachsamkeit und Verantwortung beweisen konnte. „Ihr Herren, gebt den Sklaven, was recht und billig ist! Denkt daran, daß ihr auch einen Herrn habt im Himmel“, heißt es im Kolosserbrief. Die Christen erkennen, daß die Sklaverei ein menschenunwürdiger Zustand ist, der zu Bosheit, Falschheit und Grausamkeit verführt. Sie ziehen aus dieser Erkenntnis praktische Folgerungen. Sie verpflichten die christlichen Sklavenhalter, ihre Sklaven als Brüder in Christo zu behandeln; das entwickelt gleichzeitig das menschliche Bewußtsein der Sklaven, denen durch die Lehre Christi Mut, Vertrauen zu sich selbst und Kraft gegeben wird. Der inneren Befreiung der Sklaven von dem auf ihrer Seele lastenden Druck folgte — wenn auch nicht immer, so doch oft — auch die äußere Befreiung. Bezeichnend hierfür ist, daß im 2. Jahrhundert n. Chr. bereits ein ehemaliger Sklave, Pius I., zum Bischof in Rom aufsteigen kann und daß wir im Anfang des 3. Jahrhunderts wieder einen ehemaligen Sklaven, Kallist I., auf dem römischen Bischofsstuhle finden.

Auch das Los der Frauen und Kinder ändert sich. Die Frau galt bei den meisten Völkern der Antike als dem Manne nicht gleichwertig, als minderen Rechts. Sie durfte in den meisten griechischen Stadtstaaten weder an den gemeinsamen Gastmählern noch als Zuschauerin bei Wettkämpfen teilnehmen. Bei den Juden war sie in der Synagoge auf einen Nebenraum verwiesen, und sie hatte bei

ihnen auch nicht das Recht, sich von ihrem Mann scheiden zu lassen; sie war praktisch den Heiden gleichgestellt. Mit diesen Anschauungen und Vorurteilen bricht das Christentum und läßt die Frauen ihrer Menschenwürde bewußt werden. Die Urchristen sehen in der Ehe eine göttliche Einrichtung; sie verwerfen die Ehescheidung und geben Mann und Frau die gleichen Rechte. „So sind sie also nicht mehr zwei, sondern ein Fleisch.“ „Was Gott nun verbunden hat, das darf der Mensch nicht scheiden.“ Eine umstürzende Lehre! Die Bedeutung dieser Seite urchristlichen Tatchristentums hat der englische Historiker George H. Joyce treffend charakterisiert, als er die Worte niederschrieb: „Dadurch, daß die Kirche der Welt die christliche Familie gab, schuf sie die Grundlage einer neuen und besseren sozialen Ordnung. Sie baute die Gesellschaft von Grund wieder auf.“ Die Bedeutung, die die Frau in ihrer veränderten rechtlichen Stellung bei den Urchristen erlangte, wirkte sich praktisch dahin aus, daß man ihr nunmehr auch verantwortungsvolle Ämter wie das der Erzieherin, Gemeindeführerin und Diakonisse übertrug; bei den Montanisten, einer griechenchristlichen Sekte, konnten die Frauen erstmalig kirchliche Ämter bekleiden.

Auch die Entrechtung der Kinder nimmt ein Ende. In der antiken Welt — ausgenommen bei den Juden und im griechischen Stadtstaat Theben — war die Aussetzung eines neugeborenen ungewollten Kindes das natürliche Recht der Eltern. Plato meint, daß selbst im Zukunftsstaat Kinder ausgesetzt werden müßten. Zahlreich sind die Urkunden, die uns über Kindesaussetzungen erhalten geblieben sind. Bei den Christen nun werden die Kinder vollwertige Menschen entsprechend dem Heilandswort: „Wer ein Kind aufnimmt in meinem Namen, der nimmt mich auf.“

Geradezu revolutionär ist die Einschätzung, die die Arbeit bei den Urchristen erfährt. Fast alle Arbeit, nicht nur die Handarbeit, wurde damals, bedingt durch die von der Sklaverei bestimmten Produktionsverhältnisse, verachtet. Nur die Juden bildeten sozusagen die Ausnahme von der Regel. Aber erst die Christen geben der Arbeit wirklich wieder die Würde zurück. Jesus hat den rastlos wirkenden Gott als Vorbild hingestellt und die Arbeit als Auftrag Gottes und Gottesdienst gewertet. Die Christen erkennen, welchen Kulturwert die Arbeit hat; es wird ihnen klar, daß sie lebensnotwendig ist und daß die geordnete Tätigkeit eine wohlthätige erzieherische Wirkung

auf den Menschen ausübt. Aus dieser Erkenntnis heraus und auf Grund der Tatsache, daß nur der dem Gebote der Unterstützung seines Nächsten nachkommen kann, der mehr verdient, als er selbst zum Leben benötigt, wird für die Christen die geregelte Arbeit zur Pflicht. „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“, sagt der Apostel Paulus (2. Thess.). Die Leiter der Christengemeinden schärfen ihren Gemeindemitgliedern die Pflicht zur Arbeit ein. Aber mehr noch: Auch das Recht auf Arbeit verkünden die Christen; in diesem Zusammenhang fühlen sich die Leiter der Christengemeinden auch verpflichtet, den Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen Arbeit zu verschaffen. (Wir haben es hier mit der ersten Arbeitsvermittlung zu tun, die uns aus der Geschichte bekannt ist!) Und schließlich wenden sich die Christen auch gegen die Ausbeutung der Arbeit, und sie entlohnen ihre Arbeiter gerecht entsprechend dem bei Matthäus und Lukas uns überlieferten Christuswort: „Der Arbeiter ist seines Lohnes wert.“ Mit tiefem Ernst warnt Jakobus die Reichen: „Sehet, der Lohn, den ihr den Arbeitern, die eure Felder eingeerntet haben, vorenthalten habt, der schreit zum Himmel, und der Schrei der Schnitter ist zu den Ohren des Herrn der Heerscharen gedrungen.“

Das Recht auf Arbeit wird also bei den Christen an dem sozialen Gebrauch des Eigentums gemessen; ohne die Neuformung des Eigentumsbegriffes wäre auch die erwähnte Arbeitsvermittlung gar nicht möglich gewesen. Während die Juden im Reichtum eine Belohnung für Frömmigkeit erblickten, ist nach altchristlicher Auffassung Eigentum ein Darlehen oder eine Gnadengabe Gottes, die dem Christen besondere Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft auferlegt. Bei dieser Einstellung kann es auch nicht wundernehmen, wenn sich die Urchristen gegen den Zinswucher wenden; bereits im 2. Jahrhundert besteht in der Kirchenprovinz Karthago ein striktes Verbot des Zinsnehmens. Dieses Verbot entspricht dem Geist, den der 1. Timotheusbrief atmet, als er vor den Gefahren des Reichtums mit den Worten warnt: „Die auf Reichtum ausgehen, fallen in Versuchung und Schlingen und viele törichte und schändliche Lüste, die den Menschen in Verderben und Untergang stürzen; denn die Liebe zum Geld ist die Wurzel alles Bösen.“

In der Art nun, wie die Urchristen die Wirtschaft gestalten, finden wir keinen einheitlichen Zug. Es fehlte an einer Anweisung Jesu, und man richtete sich daher

nach den Umständen. Überall aber wird, wie auch in dem angeführten Verbot des Zinsnehmens, das Bestreben sichtbar, um jeden Preis der Forderung nach Verwirklichung der Nächstenliebe gerecht zu werden. Mit diesem Bestreben wird für die Urchristen aber auch die Beantwortung der Frage akut, wie weit sich der Begriff des „Nächsten“ zu erstrecken hat. Und sie erkennen, daß sich die Nächstenliebe nicht nur auf die Frauen und Kinder, die Sklaven, die Armen und Kranken, nicht nur auf die Elenden und die Angehörigen des eigenen Volkes, sondern auf alle Menschen schlechthin zu erstrecken hat, gleichgültig welchen Standes, aber auch gleichgültig welcher Nation. In einem weltberühmten Gleichnis stellt Jesus den verachteten Samariter dem Juden als Vorbild hin, und er rühmt den römischen Hauptmann von Kapernaum. „Ihr seid alle Kinder Gottes durch den Glauben an Jesus Christus. Ihr alle, die ihr auf Christus getauft wurdet, habt Christus angezogen. Jetzt gilt nicht mehr Jude und Grieche, Sklave und Freier, Mann und Weib; ihr alle seid ja eins in Jesus Christus“ (Gal. 3).

Diese Forderung führt mit Notwendigkeit aber auch zum Streben nach Frieden auf Erden, für den der innere Friede die Voraussetzung ist. Und daher ist es nicht verwunderlich, wenn in den Evangelien der Wille zum Frieden immer wieder aufklingt. Das altrömische Gemeindegebet im 1. Clemensbrief (Ende des 1. Jahrhunderts) enthält den Satz: „Gib Eintracht und Frieden uns und allen Bewohnern der Erde.“ Und Tertullian bezeugt: „Ein langes Leben, ein rechtschaffenes Volk, einen befriedeten Erdkreis, das bitten wir für euch vom lebendigen Gott.“ So ist der Friede auf Erden für die Urchristen das Ziel der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung.

Bringen wir das bisher Gesagte auf eine kurze Formel, so können wir feststellen: Die Erneuerung des Lebens durch die Liebe Christi reißt die sozialen Schranken ebenso nieder wie die nationalen Vorurteile. Das Christentum verändert in seinem Wirkungsbereich die ökonomischen Verhältnisse. Sklaven sind nicht mehr seelenlose Menschen, sondern Brüder in Christus, den Freien gleich. Arbeit ist nicht mehr Schande, sondern Erfüllung des Gebotes Gottes. Reichtum ist kein Vorzug und keine Ehre mehr, sondern Gefahr und Verantwortung, zu rechtfertigen allein durch den rechten Gebrauch des Eigentums zum Besten der

Gemeinschaft. Frauen und Kinder sind nicht mehr Unmündige oder Rechtlose, sondern Gleichberechtigte. Die Kranken und Arbeitsunfähigen werden nicht mehr ihrem Schicksal überlassen, sondern die Gemeinschaft fühlt sich verpflichtet, für sie zu sorgen. Alle Völker sind gleichberechtigt, und die Herstellung dauernden Friedens auf Erden ist das Ziel, dem man zustrebt. Wo dem so ist, da kann Paulus wirklich mit vollem Recht sagen: „Das Alte ist vergangen, siehe, es ist alles neu geworden.“ Und wenn dem so ist, dann kann es auch nicht wundernehmen, daß die Urchristenheit von dem historischen Bewußtsein erfüllt war, „das neue Volk Gottes“ zu sein. Damit erwuchs in der Christenheit der Gedanke, daß es innerhalb der Geschichte einen Fortschritt gibt, echte qualitative Unterschiede, die mit einer Loslösung vom Alten verbunden sind.

So rüttelt das Christentum an den Grundfesten des auf den entgegengesetzten Prinzipien damaliger Gesellschafts-, Staats- und Geschichtsauffassung aufgebauten römischen Reiches; es erweist sich als eine Sprengkraft, die schließlich — im Zusammenwirken mit einigen anderen Faktoren — die ganze antike Gesellschaft verändert. Mit seinem Erscheinen beginnt die antike Welt sich aufzulösen. Der christlichen Massenbewegung fallen alle zu, die innerhalb der alten Ordnung mühselig und beladen sind. Sie alle wollen vom Tode zum Leben, den alten Menschen ausziehen und neue Menschen werden.

Wenn Christus seine Jünger mahnte, den Blick nach vorn zu richten, dann konnte es nicht in seinem Sinne sein, an überlebten Formen festzuhalten. Wer das Leben erneuern will, muß nach vorn, muß in die Zukunft schauen. „Wer die Hand an den Pflug legt und rückwärts schaut, ist nicht tauglich für das Reich Gottes“, sagt Christus (Luk. 9, 62). Und die Offenbarung Johannes richtet die Blicke der von der Verfolgung bedrängten Christen empör zu dem, „der da war, der da ist und der da kommen wird“, der „das Alpha und das Omega ist, der Anfang und das Ende“, zu dem, der den Seinen verheißt: „Siehe, ich mache alles neu.“ Jetzt verstehen wir, daß die frühe Christenheit nicht nur das Rad der Geschichte war, sondern zu ihrem Motor wurde. Die altchristlichen Gemeinden bildeten in ihrer Zeit den wichtigsten Vortrupp des Fortschritts der gesellschaftlichen Entwicklung.

II. Der Verlust des sozialen Gedankens in der Christenheit

In der altchristlichen Kirche der ersten drei Jahrhunderte, die im Gegensatz zur herrschenden Ordnung stand, wurde niemand Christ, wenn das nicht seiner innersten Überzeugung entsprach. Der römische Staat erkannte sehr bald, daß mit der Ausbreitung des Christentums eine Gefahr für das Imperium heraufzog, und versuchte, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Die Weigerung der Christen, dem Kaiser zu opfern und seinen Absolutheitsanspruch anzuerkennen, bildete den äußeren Anlaß zu einer sich über mehrere Jahrhunderte erstreckende Christenverfolgung grausamster Art. Aber trotz grausamster Folterungen, Verbrennungen, Enthauptungen, Kreuzigungen, Vermögenskonfiskationen, Zwangsarbeit in den Bergwerken, Einweisungen von Frauen in die Bordelle oder anderer Maßnahmen mußten die römischen Kaiser mit Staunen erleben, wie allen Drangsalen zum Trotz die Stoßkraft der christlichen Märtyrerkirche ständig wuchs.

Kaiser Konstantin der Große, ein weitsichtiger Politiker, erkannte schließlich, daß der Siegeszug des Christentums nicht mehr aufzuhalten war. Er glaubte, daß das Christentum mit der ihm innewohnenden unbesiegbaren Kraft dem wankenden römischen Reich eine Stütze im Kampf gegen Zersplitterung und Barbaren werden könnte, und zog daraus die praktische Folgerung: Er erließ im Jahre 313 das Toleranzedikt von Mailand und machte damit das Christentum zu einer gleichberechtigten Religion neben den anderen im römischen Imperium bestehenden Religionen. Nachdem Konstantin im Jahre 325 Alleinherrscher geworden war, hat er die christliche Kirche immer ausschließlicher begünstigt. Dieser ganze Umschwung der kaiserlichen Religionspolitik hatte eine tiefgehende Wandlung sowohl der äußeren Stellung der Kirche wie auch ihres inneren Lebens zur Folge. Die Entwicklung trieb sehr rasch über die Lage von 313 hinaus, und es kam schließlich unter Theodosius dem Großen im Jahre 380 zur Errichtung der christlichen Staatskirche. Die Rückwirkung dieses Ereignisses auf die innere Entwicklung der Kirche war außerordentlich folgenswer; der Sieg des Christentums wurde jedenfalls teuer erkauft. Seit diesem Zeitpunkt (380) spricht man vom „konstantinischen Zeitalter“.

Was hat es mit diesem konstantinischen Zeitalter nun auf sich? Das Christentum verbindet sich mit der politischen Macht, und es entsteht eine enge Verflechtung

zwischen Thron und Altar. Mit Konstantin vollzog sich der Bund, der die Kirche zur Stütze des Kaisertums machte und mit dem eine verhängnisvolle Fehlentwicklung eingeleitet wird, die in den folgenden rund einund-einhalbtausend Jahren sich in Veräußerlichung des Christentums, Verweltlichung der Kirche und Versagen der Kirche auf sozialem Gebiet äußert. Die Verbindung von Staat und Kirche verzögert wohl etwas den Zusammenbruch des Weströmischen Reiches; aber für die Kirche wird sie der Beginn einer fortschreitenden Tragödie der geistigen Entleerung bei gleichzeitigem Anwachsen äußerlicher Macht. Sie gewöhnt sich an herrschende gesellschaftliche Ordnungen und Anschauungen, die dem Geist Jesu im tiefsten widersprachen. Wohl lebte der Geist Jesu noch in vielen einzelnen; wohl war in Zucht und Autorität der Kirche vieles enthalten, was den Menschen innere Kraft und Haltung gab. Aber es bildete sich jene Form des Christentums heraus, die einen Kompromiß darstellt zwischen dem Gewaltgeist der herrschenden Mächte und dem, was in der Kirche als gültige christliche Haltung empfunden wurde.

Durch das ganze Mittelalter hin geht der weitgehende Interessenbund der Kirche mit der Einheitsmacht eines starken Fürstentums, das dann zum römischen Kaisertum deutscher Nation wird. Als neben die eine allumfassende Kirche durch Luthers Reformation eine zweite tritt, ändert sich in dieser Hinsicht nichts. In den evangelischen Teilen Deutschlands entsteht das Landesherrnkerentum. Das konstantinische Zeitalter hat bis in unser Jahrhundert hineingereicht, ist aber im Abklingen begriffen. In den meisten europäischen Staaten ist im Laufe des vorigen oder dieses Jahrhunderts die Verbindung von Thron und Altar wieder gelöst worden oder, wie man zu sagen pflegt, die Trennung von Kirche und Staat erfolgt, in Deutschland 1918. In einigen wenigen Staaten dauert das konstantinische Zeitalter gegenwärtig noch an, wie z. B. in England, wo der jeweilige weltliche Herrscher noch heute das Haupt der anglikanischen Kirche ist. Aber sein endgültiges Ende ist, historisch gesehen, da.

Wie steht es nun im einzelnen um die Pflege des sozialen Gedankens und seine Verwirklichung im konstantinischen Zeitalter? Für die Beantwortung dieser Frage müssen wir

uns zunächst einmal darüber klarwerden, wie sich die Wandlung zur Staatskirche auf die einzelnen Christen auswirkte.

Da es nun nicht mehr einen persönlichen und gefährlichen Entschluß bedeutet, Christ zu werden, treten neben die Kräfte, die von dem wachen Willen zur Erneuerung der Welt im Geiste Christi beseelt sind, zugleich Kräfte der Beharrung, die in der Erhaltung des Bestehenden, in der Gewinnung und Verteidigung von Macht und Besitz ihr oberstes Ziel sehen. Neben den sozialen Gedanken, der sich im Leben des Menschen für den Mitmenschen ausdrückt, tritt immer mehr der nackte und brutale Egoismus, die Gleichgültigkeit gegenüber sozialen Fragen oder Problemen. Es soll und darf nicht übersehen werden, daß die Kirche im Mittelalter gewiß Großes geleistet hat, insbesondere auf dem Gebiete des Bildungswesens, das damals ganz in ihren Händen lag, als Bewahrerin eines erheblichen Teiles der antiken Wissenschaft und schöngestigen Literatur und nicht zuletzt auch als Trägerin der Lehre von der Würde der Arbeit, wodurch sie mit dem Leitwort der Regel des Benediktinerordens „Bete und arbeite!“ die Trümmer der Völkerwanderung beiseite schaffte und den europäischen Wiederaufbau begann. Es sollte jedoch von tragödienhafter Bedeutung werden, daß der soziale Gedanke, der das ganze Leben des Urchristentums durchpulste, im konstantinischen Zeitalter weitgehend zurücktritt. Durch die Entartung und Verzerrung des christlichen Glaubens (gegen die sich in Abständen allerdings religiöse Gegenkräfte erheben) wird die Kirche nach und nach ein Hemmschuh für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Als die Ausbeutergesellschaft der Sklaverei durch die feudale Ausbeutergesellschaft abgelöst wird, wird diese von der Kirche sanktioniert. Der hohe Klerus wird von dem Streben ergriffen, möglichst auch Träger feudaler Macht zu werden. Und aus dem Geiste der Zeit bildete sich jene Anschauung heraus, welche die feudale Gesellschaftsordnung als die Ordnung des göttlichen Willens absolut setzte. Die bitteren sozialen Wirklichkeiten der Feudalordnung in all ihrer Härte und Brutalität werden von der Kirche mit einer erstaunlichen Leichtigkeit hingenommen. In ähnlicher Weise wie die weltliche Lehnspyramide hierarchisch aufgebaut ist, wird die mittelalterliche Kirche zum größten Feudalherrn; bald befinden sich

mehr als 30 Prozent des Grund und Bodens in den Händen der Kirche. Genau wie die weltlichen Feudalherren beutet sie rücksichtslos die Bauern aus und bereichert sich auf deren Kosten. Die Erträge der Schenkungen werden jetzt nicht mehr wie einst im Urchristentum zur Unterstützung der Armen und Hilfsbedürftigen verwandt, sondern dienen zur Befriedigung des Prunk- und Machthungers der Kirche.

Als mit Wiederaufkommen des Handels die Naturalwirtschaft mehr und mehr von der Geldwirtschaft abgelöst wird, ein weitgehender Differenzierungsprozeß auf dem Lande Platz greift und ein großer Teil der Bauern zum Landproletariat herabsinkt und als Tagelöhner fortan ihr Dasein fristen oder als Lohnarbeiter in die Stadt ziehen muß, steht die Kirche dieser sozialen Not teilnahmslos gegenüber. Und das gleiche ist der Fall, als im Zusammenhang mit der schamlosen Ausplünderung der neu entdeckten überseeischen Länder ein Gold- und Silberstrom nach Europa zu fließen beginnt und es auch in den Städten zu einer Aufspaltung in Reiche und Besitzlose kommt, ein Prozeß, der mit dem Aufkommen der Manufakturen weiter fortschreitet und das Entstehen eines städtischen Proletariats beschleunigt. Keinen Finger rührt die Kirche, als die Bauern im 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts, zur Verzweiflung getrieben, in wiederholten Aufständen ihre Peiniger durch Anwendung von Gewalt abzuschütteln versuchen.

An Versuchen, das soziale Gewissen wachzuhalten und der sozialen Not zu steuern, hat es allerdings nicht gefehlt, aber es ist eben bei Versuchen geblieben, und kein Versuch hat zu einem durchschlagenden Erfolg geführt. Eine ganze Reihe von Männern, ja ganze Bewegungen sind im Laufe der Zeit aufgestanden mit dem Ziel, die Kirche zur Rückkehr zur Armut und im Zusammenhang damit wieder zur praktischen Nächstenliebe zu bewegen. Hier sei zunächst auf das frühe Mönchtum verwiesen. Da war der Abt Joachim von Floris, der die kommende Gottesherrschaft als das Kommen des Reiches Gottes verkündete, in dem die Liebe alles gestalten würde. Da waren die Bogomilen und Katharer, die in harter Askese die Erneuerung der Kirche suchten und forderten. Da war die von Petrus Waldus ausgehende Bewegung der Waldenser und Albigenser, die das arme Leben Christi kündeten und die Armut der Kirche forderten. Für Franziskus von Assisi (1182 bis 1226) war Nachfolge Jesu in heiliger Armut der

vorgezeichnete Weg der Erlösung. Er lebte in rastloser Hingabe an alle Geschöpfe Gottes in sich selbst vergessender Liebe. Auch bei Wiclif und bei der Lollhardenbewegung in England, bei Hus in Böhmen und Savonarola in Florenz wurde der Ruf nach der armen dienenden Kirche laut. Mit mehr als einem der genannten Namen sind Bauernaufstände verbunden. Eine andere aus der Kirche kommende Bewegung, die Bettelmönchsorden (Dominikaner, Franziskaner, Serviten, Prämonstratenser, Augustiner-Eremiten, Clarissinnen), die hauptsächlich in den Städten die mit dem Entstehen des Proletariats neu auftretenden sozialen Fragen zu lösen versuchte, erwies sich für durchschlagende Erfolge als zu schwach.

In dem heraufziehenden kapitalistischen Zeitalter trat die soziale Notlage in immer zahlreicheren Formen in Erscheinung. Mit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus wechselte die Ausbeutergesellschaft sozusagen nur ihr Kleid oder, anders ausgedrückt, löste eine Ausbeutergesellschaft die andere ab. Während bis dahin die Familien gemeinsam in handwerklichen Betrieben tätig gewesen waren, erfolgte jetzt zumeist eine räumliche Trennung der Familienglieder, die nicht ohne Auswirkung bleiben konnte. Der im feudalistischen Zeitalter begonnene Differenzierungsprozeß hatte sich in den Städten und auf dem Lande fortgesetzt und breite Massen ihrer Produktionsmittel beraubt. Sie waren jetzt gezwungen, ihre Arbeitskraft, wenn sie nicht verhungern wollten, an die Besitzer der kapitalistischen Produktionsstätten zu verkaufen. Dem großen Angebot an Arbeitskräften entsprechend war der Preis für die menschliche Arbeitskraft sehr niedrig, was zur Folge hatte, daß auch Frauen und Kinder zur Mitarbeit gezwungen wurden.

Als die soziale Notlage im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichte, traten christliche Menschen auf, die sich gegen die unhaltbar gewordenen wirtschaftlichen Zustände wandten. Sie erkannten mehr oder minder, daß die Bestimmungswidrigkeit menschlichen Daseins sich nicht nur in religiös-individuellen, sondern auch in sozialen Bereichen ausdrücken kann, und sahen, wie weit die Sinnentleerung des Begriffs der christlichen Nächstenliebe fortgeschritten war. Sie machten zugleich Front gegen die schrankenlose Freiheit des Individuums, die sich auf wirtschaftlichem Gebiete im ökonomischen Liberalismus auswirkte, und wiesen darauf hin, daß eine unbegrenzte Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet nicht möglich sei, daß

Rechten immer Pflichten gegenüberstehen müßten. Es handelt sich bei diesen Männern, in denen das christliche Gewissen wieder erwachte, um die sogenannten christlichen Sozialreformer.

Die Unvereinbarkeit der gesellschaftlichen Zustände mit der christlichen Nächstenliebe wurde zuerst von dem Naturwissenschaftler und Bergbaufachmann Franz von Baader (1765—1841) erkannt. Für das schutzlos ausgebeutete Proletariat fordert er eine Interessenvertretung, die dem Arbeiter zu dem ihm zustehenden Recht verhelfen sollte. Sein Ruf ging vor allem an die Geistlichkeit, die nach seiner Ansicht einzig und allein berufen sei, hier eine Lösung herbeizuführen. Der protestantische Gelehrte Victor Aimé Huber (1800—1869) erkannte, daß die Überwindung der katastrophalen Verhältnisse nicht allein von der Geistlichkeit her, sondern durch die gesamte Christenheit erfolgen müsse. Vom Staat forderte er eine gesunde Volkswirtschaft, an deren Herstellung jeder Bürger mitzuarbeiten verpflichtet sei.

Aus eigener Anschauung hat Johann Hinrich Wichern (1808—1884) die Not des Proletariats kennengelernt. Als eine Forderung christlicher Gerechtigkeit bezeichnet er das Recht jedes einzelnen Bürgers auf Arbeit. Der Arbeitslohn müsse dem Arbeiter eine angemessene Existenz ermöglichen. Ganz besonders wandte er sich gegen die Hungerlöhne, die die Frauen damals erhielten. Wohl hat er kein durchschlagendes soziales Programm aufzustellen vermocht, aber er ist der eigentliche Praktiker unter den christlichen Sozialreformern durch die Gründung der Inneren Mission geworden, von der eine spürbare tätige Hilfe ausging, ohne daß dadurch freilich die tiefen Wurzeln des kapitalistischen Systems beseitigt wurden. — Der Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler (1811—1877) hat als Vertreter christlich-sozialer Ideen zuerst den engen Zusammenhang zwischen Zustände- und Gesinnungsreform erkannt und dadurch der ganzen Bewegung ihren höchsten Sinn gegeben. In seiner bahnbrechenden Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ hat er die sozialen Lebensbedingungen in ihrer großen Bedeutung für die sittlich-religiöse Lebensformung herausgestellt und für ihre Verbesserung gekämpft. Angeregt von dem zum Priester gewordenen Schustergesellen Adolf Kolping (1813—1865), forderte er einen verstärkten Ausbau der Gesellenvereine.

Als letzter aus der großen Reihe christlicher Sozialreformer sei noch der Brandenburger Superintendent Rudolf Todt (1838—1887) erwähnt, dem insofern eine besondere Bedeutung zukommt, als er über die bisherige Liebestätigkeit hinausging und mit Leidenschaft Kirche und Staat zu grundsätzlichen Reformen aufrief, wofür er ein detailliertes Programm entwarf. Er wies auf die Not des Arbeiterstandes hin und wandte sich mit Nachdruck gegen die liberalistisch-individualistische Wirtschaftsordnung. Von ihm rührt der bekannte Satz: „Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muß in der rechten Hand die Nationalökonomie, in der linken Hand die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das Neue Testament haben.“ Mit Stöcker (1835—1909) gründete er den „Zentralverein für soziale Reform“, der ein entschlossenes Eintreten der Kirche für die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse und eine Regierungspolitik sozialer Reformen forderte. Aber auch er vermochte trotz seiner bedeutsamen Forderungen keine grundlegende Veränderung der Verhältnisse herbeizuführen.

Die Tragik des Versagens der christlichen Sozialreformer liegt darin, daß sie eine christliche Ideallösung verwirklichen wollten, ohne eine grundlegende revolutionäre Erneuerung der Gesellschaft anzustreben. Sie erkannten zudem nicht, daß die Aufgabe der Arbeiterklasse sich von ihrem Anliegen grundsätzlich unterschied.

Zusammenfassend ist zu sagen: Der von Jesus Christus geprägte, von der Urchristenheit in die Tat umgesetzte Gedanke der christlichen Nächstenliebe entschwand während des konstantinischen Zeitalters mehr und mehr, und zwar in einem Maße, daß schließlich selbst das massierteste Leid und die bitterste Not der Unterdrückten nur einzelne veranlaßte, sich mit den Nöten der Zeit auseinanderzusetzen, was natürlicherweise nicht zu einer Beseitigung der unhaltbar gewordenen Zustände führen konnte. Die Kirche war in ihrer Haltung in zunehmendem Maße konservativ geworden und wirkte nicht mehr gesellschaftskritisch, sondern versuchte über die Jahrhunderte hinweg, die auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Wirtschaftsformen „christlich“ zu untermauern. Das christliche Glaubensprinzip der Nächstenliebe wurde nur noch von einzelnen Persönlichkeiten und nicht mehr von der Kirche in ihrer Gesamtheit praktiziert.

III. Die Begegnung der Christenheit mit der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit

Die proletarische Situation war die unentrinnbare Konsequenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise war nicht zufällig erfolgt, sondern sie war das Ergebnis einer bestimmten gesetzmäßigen ökonomischen Entwicklung. Diese Entwicklung führte zwangsläufig zu einer immer weiteren Verschärfung der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit: Bestehen konnte unter den Auswirkungen des kapitalistischen Grundgesetzes nur der Kapitalist, der das letzte aus den Arbeitern herausholte. Dieser Druck der herrschenden Klasse erzeugte bei den Arbeitern natürlich Gegendruck, der seinen sichtbaren Ausdruck im Klassenkampf fand. Die menschliche Entwürdigung, die in der Ausbeutung zutage trat, wurde nur einzelnen, nicht aber der Kirche in ihrer Gesamtheit bewußt, wie überhaupt die Klassenkampfsituation als geschichtliches Faktum von der Kirche noch nicht durchschaut worden war. Sie war in ihrer Bindung an den Thron befangen und merkte überhaupt nicht oder wollte nicht merken, daß es Klassengegensätze gab, die im gesellschaftlichen Leben ausgefochten wurden.

Das von Rationalismus und Idealismus bestimmte Kirchentum, das Marx vorfand, war eine einseitige Rechtfertigung des Bestehenden. Der wissenschaftliche Sozialismus traf auf kirchliche Institutionen, die die Welt der Ausbeutung, des Krieges und der kolonialen Unterdrückung verteidigten. Gebannt von der Schau auf das überweltliche Ziel, hatte die Kirche den Protest gegen die bestehende sündhafte Gesellschaft verlernt. Sie meinte, das Evangelium zu erfüllen, wenn sie dieses abstrakt als ewige Wahrheit ohne Bezug zur Gesellschaft verkündete. Sie gab vor, mit dem Evangelium über den materiellen Bedingtheiten und gesellschaftlichen Kämpfen stehen zu können. Vor allem die evangelische Kirche rechnete mit einer Welt, die man nicht durch die im Evangelium enthaltenen Forderungen in Bewegung setzen dürfe; diese seien allein für den einzelnen Menschen da, der durch den Glauben erlöst werden müsse. Deshalb hatte die evangelische Kirche auch nur einen Bußruf für die einzelnen und nicht für die Gesellschaft. Das Bestehende wurde von der Kirche geheiligt, alles Vorwärtsdrängen abgelehnt. So ist es verständlich, daß Karl Marx vom Christentum die

erlösende Macht nicht erwarten konnte. Gegen Jesus Christus hat sich Marx nie ausgesprochen; aber er lehnte das Christentum in der von ihm vorgefundenen, idealistisch zersetzten Form ab und koppelte seinen wissenschaftlichen Sozialismus mit dem Atheismus. Den Ausweg aus der kapitalistischen Misere sah Marx in der proletarischen Revolution mit ihren Hauptzielen: Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und gerechte Verteilung des Nationaleinkommens, Aufhebung der Klassenunterschiede, Beseitigung des Staatsapparates der Ausbeutergesellschaft und Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden. Führerin bei dieser revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse konnte nur die Arbeiterklasse werden, so wie nur das Bürgertum die Führung bei der bürgerlichen Revolution hatte innehaben können.

Diese Begegnung mit dem Marxismus stellte Christenheit und Kirche vor eine neue Aufgabe und Entscheidung. Das Leben des einzelnen und der Gesellschaft ist in steter Entwicklung; aber das ist nicht eine ruhig fließende, bequeme Entwicklung, sondern eine Entwicklung, die immer wieder vor neue Entscheidungen für Jesus Christus stellt, für das Werden dessen, was Gottes Wille ist, wozu er ruft. Die Kirche aber übte ihre Verkündigung so, daß sie die Menschen nicht vor die gesellschaftliche Entscheidung stellte und nicht in die Verantwortung für die Gesellschaft rief. Die Kirche hat vor der Notwendigkeit, auf ihre Weise erneuernde Macht der Gesellschaft zu sein, versagt.

Aber einzelne christliche Geister verschiedenster Schattierungen, gemeinhin „religiöse Sozialisten“ genannt, wurden sich bei ihrer Beschäftigung mit den marxistischen Erkenntnissen darüber klar, zu welchen Versäumnissen es innerhalb weiter Kreise der Christenheit gekommen war. Zu dieser Gruppe gehörte u. a. auch das Ehrenmitglied der CDU Prof. D. Emil Fuchs. Für sie war klar, daß der Sozialismus in seinem Programm eine Fülle von Gedanken enthält, die christlichen Prinzipien entsprechen und für deren Verwirklichung sie daher mit ihrer ganzen Kraft eintraten. Ihr Mühen zeigte allerdings zunächst nur geringe Erfolge, da Kirche und christliche Bevölkerung zu sehr dem restaurativen Denken verhaftet waren und am Alten und Vertrauten hingen. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß wohl christliche Glaubenssätze erhalten ge-

blieben waren, die christliche Ethik aber verlorengegangen war. Über Jahrhunderte hinweg hatte die christliche Ethik nichts über die Gesellschaft und das Verhalten des Christen in bestimmten Situationen mehr ausgesagt. Durch Jahrhunderte hatten die Menschen nur dem Gelde und der Maschine und nicht „dem geringsten ihrer Brüder“ gedient.

Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus seitens der Christenheit war bis 1945 nur theoretisch und in kleineren Kreisen erfolgt und seit 1933 zudem noch durch das faschistische Regime gehemmt worden. Seit seinem Zusammenbruch und der damit eingetretenen unmittelbaren Begegnung mit den Kräften des Sozialismus aber sehen sich die Christen im Raume der heutigen DDR vor die Notwendigkeit gestellt, sich nun auch praktisch mit all den Problemen auseinanderzusetzen, welche die neue Gesellschaftsordnung aufgeworfen hat. Die äußere Einheit der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland besteht trotz der nationalen Spaltung unseres Vaterlandes weiter. Beide Kirchen sind deshalb genötigt, sich mit zwei verschiedenen Gesellschaftsordnungen, zwei verschiedenen Wirtschaftsformen auseinanderzusetzen. Obwohl in Deutschland die unheilvolle Verklammerung von Thron und Altar formell gelöst ist, besteht mehr oder minder eine „hinkende Trennung“ von Staat und Kirche fort. Daher ist auch heute vielen Christen noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen, daß das konstantinische Zeitalter abgelaufen ist. Die Kirche aber ist noch weithin mit Vorstellungen belastet, die aus diesem Zeitalter herrühren, und kommt nur zögernd zu einer Klärung der ihr gestellten Probleme. Es ist dabei die Tragik der Kirche, daß sie mit der neuen, alles umgestaltenden Kraft des Sozialismus sich in einem Zustand auseinandersetzen muß, in dem das gesellschaftliche Verantwortungsgefühl in der kirchlich gebundenen Christenheit weithin erloschen ist. Es ist daher immerhin erfreulich, wenn auf der außerordentlichen Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands, die vom 27. bis 29. Juni 1956 tagte, die Feststellung getroffen wurde, daß „das Evangelium uns selbstüchtige Menschen zu einem neuen Leben des Menschen mit den Menschen befreit und uns nach gerechten und menschlichen Formen unseres Zusammenlebens auch im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Raum suchen läßt“. Das läßt darauf schließen, daß die Auseinandersetzung mit der kirchlichen Fehlentwicklung und die theoretische Überwindung der Verklammerung christlicher Glaubenswerte mit der

bürgerlich-idealistischen Tradition kirchlicherseits begonnen hat und Ansatzpunkte für ein Umdenken gegeben sind. Wir können also feststellen, daß die Kirche begonnen hat, sich auf Glaubensfakten zu besinnen, die ihr den Zugang zu einer neuen Gesellschaftsordnung ermöglichen, und daß eine Wiederbelebung des sozialen Gedankens in der Christenheit begonnen hat.

IV. Die Verwirklichung christlicher Anliegen in der sozialistischen Gesellschaftsordnung

Die Christenheit stand und steht zu jeder geschichtlichen Stunde und in jeder gesellschaftlichen Ordnung vor der Verpflichtung, christliche Grundsätze zu praktizieren. Diese Tatsache ist in der überzeitlichen Sendung Jesu begründet. Ihm geht es ganz und gar um den Menschen. Ihm geht es darum, ob der Mensch den anderen als seinen Bruder sieht und ihn als Ebenbild Gottes achtet. Jesus geht es darum, daß der Mensch dem Ruf Gottes antwortet und zum großen Ziele des wahren Menschseins drängt. Jesus will keine Erstarrung, sondern ein Geschehen, das den Menschen zu einem eigenen geistigen Wesen macht und dabei eben zu einem die Gesellschaft tragenden und weiterbildenden Wesen.

Wir haben nachgewiesen, daß im Zeitalter des Feudalismus und des Kapitalismus die Kirche diesen Jesus nicht mehr gekannt hat. Mit dieser Schuld ist sie heute belastet. Aber noch einmal ist ihr Gelegenheit gegeben, beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung mitzuwirken, sich der Impulse bewußt zu werden, die aus der christlichen Botschaft stammen und mit denen sie zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beitragen kann. Es ist daher eine Lebensfrage für die Christenheit, daß die Kirche den Ruf zur Erneuerung der Gesellschaft, der im Anliegen der neutestamentlichen Botschaft unüberhörbar vorhanden ist, aufnimmt und ihm folgt. Sie muß den Protest Jesu gegen eine Gesellschaftsordnung, deren Gestaltung über alle Maßen Anlaß zur Unbrüderlichkeit gibt, ernst nehmen; sie darf die Forderungen Jesu, der sie heute mit lauter Stimme zur Tat ruft, nicht noch einmal überhören.

Auf dem 8. Parteitag sagte der Generalsekretär unserer Partei, Unionsfreund Gerald Götting, hinsichtlich unserer Einstellung zur Nächstenliebe und zur Friedensliebe:

„Nächstenliebe braucht in der demokratischen Ordnung nicht mehr Beschwichtigung eines schlechten so-

zialen Gewissens zu sein, und sie ist auch nicht mehr nur ein sentimentaler Reflex auf soziale Ungerechtigkeit. Die Nächstenliebe kann in unserer demokratischen Ordnung mit allen individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen gelebt werden. Ähnlich ist es mit der Friedensliebe. Heute stehen persönliche Friedensliebe und Friedensgesinnung in Übereinstimmung mit den Zugkräften unserer gesellschaftlichen Ordnung. Denn es ist die Friedenspolitik unserer demokratischen Ordnung, das Streben nach friedlicher Lösung aller uns bewegenden Probleme, die als das wichtigste Element unserer Politik betrachtet werden müssen.“

Diese Worte Gerald Göttings zeugen davon, daß die CDU bemüht ist, allen Christen dazu zu verhelfen, die richtige Einstellung zu den Problemen zu finden, die in einer werdenden sozialistischen Gesellschaftsordnung akut werden. Daß die CDU bei diesem Streben in keiner Weise sich von der Absicht leiten läßt, in die Fragen des Dogmas der Kirche und in die Verkündigung hineinzureden, ist eine Selbstverständlichkeit.

Wenn wir uns nunmehr die Frage vorlegen, worum es sich bei den Grundprinzipien des sozialistischen Staates handelt, so sehen wir, daß es dabei um Prinzipien geht, die weitgehend christlichen Anschauungen und christlichen Grundsätzen entsprechen. Daß zwischen Sozialismus und Christentum eine Fülle von Berührungspunkten vorhanden sind, wird uns sofort klar, wenn wir uns die Frage beantworten, worin wir die Grundforderungen des Sozialismus zu sehen haben.

An erster Stelle steht das Streben nach Erhaltung des Friedens. Dafür, daß die Friedenspolitik ein einheitlicher Grundsatz aller sozialistischen Staaten ist, gibt es zwei Gründe:

1. Der sozialistische Staat braucht seine ganze Kraft für den ökonomischen Aufbau im eigenen Lande, was nur im Frieden möglich ist.
2. Ausgehend von der Gleichberechtigung aller Nationen lehnt der Sozialismus jede Vergewaltigung und Ausbeutung fremder Völker ab. Er erkennt den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker in vollem Umfange an. Daher ist der sozialistische Staat an territorialen Eroberungen völlig desinteressiert und lehnt eine solche Politik konsequent ab.

Im Mittelpunkt der Gesetze, Verordnungen und Bemühungen des sozialistischen Staates steht die Sorge um den Menschen, die in mannigfacher Gestalt ihren Ausdruck findet. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, hervorgerufen durch Selbstsucht, Machtgier und Habsucht, wird in der Industrie und auf dem Lande beseitigt: in der Industrie, indem die Produktionsmittel in Volkseigentum übergeführt werden und die Werktätigen den ihnen bisher vorenthaltenen gerechten Anteil am Produkt ihrer Arbeit bekommen; auf dem Lande durch die Vergenossenschaftung.

Diese Beseitigung der Ausbeutung bewirkt das Entstehen eines neuen Arbeitsethos. Immer mehr setzt sich beim einzelnen Arbeiter der Gedanke durch, daß der Betrieb, in dem er arbeitet, jetzt ihm gehört und daß er wirklich für sich selbst und seine Familie schafft. Hinzu kommt, daß der sozialistische Staat allen seinen Bürgern das Recht auf Arbeit garantiert. Diese beiden Faktoren führen wieder zu einer völlig neuen Einschätzung der Arbeit. Sie wird nicht mehr als entwürdigend angesehen, sondern als hohe Pflicht des einzelnen, am Werk der Gesellschaft mitzuarbeiten.

Dieser Einstellung entspricht auch die soziale Betreuung der Werktätigen. Viel Mühe und große Mittel werden aufgewandt, um den arbeitenden Menschen vor Betriebsunfällen und Berufskrankheiten zu schützen. Eine großzügige, durch die Betriebe auch finanziell unterstützte Ferienbetreuung bietet unseren Werktätigen Gelegenheit, sich zu erholen und neue Kräfte zu sammeln. Im Krankheitsfalle ist dafür gesorgt, daß für den Erkrankten und seine Familie keine Notlage entsteht. Ein sich ständig verbesserndes Rentensystem schützt die Invaliden und Betagten, die Witwen und Waisen vor materieller Not. In Kindergärten verschiedener Art und in Kinderkrippen wird der werktätigen Frau die Sorge um ihre Kinder abgenommen. Auch die Steuergesetzgebung erfolgt nach sozialen Gesichtspunkten. Die Sorge um den Menschen kommt auch darin zum Ausdruck, daß in der Deutschen Demokratischen Republik erstmalig in Deutschland ein eigenes Ministerium für Gesundheitswesen geschaffen worden ist. Ein erheblicher Teil der Mittel des Staatshaushaltsplanes wird für die gesundheitliche Betreuung unserer Werktätigen verwendet, was seinen Ausdruck im Bau modernst eingerichteter Krankenhäuser, Landambulatorien, Nachtsanatorien, Polikliniken und Be-

triebspolikliniken findet; Bäder, die zu besuchen früher so gut wie ausschließlich das Vorrecht der besitzenden Klasse war, stehen jetzt allen Kranken und Leidenden zur Verfügung.

Die bisher nur mehr oder weniger formale Gleichberechtigung der Frau wurde jetzt zu einer Realität. Der Frau ist die Möglichkeit gegeben, im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben jede Position einzunehmen; und sie wird auch nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ entlohnt. Die ihr zustehenden Rechte sind im „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ verankert.

Die besondere Fürsorge des sozialistischen Staates gilt der Jugend. Neben den guten Bildungsmöglichkeiten stehen der Jugend für die Freizeitgestaltung Pionier- und Jugendheime zur Verfügung, in denen sie im patriotischen Sinne erzogen werden und in denen das Interesse der heranwachsenden Generation für Heimat und Kultur geweckt wird.

Der sozialistische Staat ist auch bestrebt, das Verständnis für die Pflege der nationalen Kultur beim gesamten Volk zu wecken bzw. zu vertiefen. Mittel hierzu sind beispielsweise die Bildung von Theaterzirkeln in den Betrieben und auf dem flachen Lande, die planmäßige Bespielung von Dörfern und größeren Ortschaften durch städtische Bühnen usw. Damit wird zugleich die seit dem Mittelalter bereits bestehende Benachteiligung des Dorfes gegenüber der Stadt in kultureller Hinsicht überwunden. Dem gleichen Ziele dient auch der Landfilm, der Filmvorführungen auch in den kleinsten Dörfern durchführt. Auch die Errichtung besonderer Kulturhäuser in Stadt und Land muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß also tatsächlich die Sorge um den Menschen auf den allerverschiedensten Lebensgebieten im Mittelpunkt der Bestrebungen des sozialistischen Staates steht. Der Sozialismus fragt eben auf allen gesellschaftlichen Ebenen nach dem Wert des Menschen, während in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung es um die Verwertbarkeit des Menschen geht.

Schon bei der Betrachtung der angeführten sozialistischen Grundsätze und deren Verwirklichung ergibt sich für uns als Christen die Tatsache, daß wir diesen Be-

strebungen nicht nur zustimmen können, sondern sogar zustimmen müssen. Denn alle beabsichtigten und verwirklichten Maßnahmen des sozialistischen Staates entsprechen durchaus christlichen Grundprinzipien, die bereits einmal, und zwar im Urchristentum — natürlich zeitgebunden — verwirklicht worden sind. Trotz dieser Lage der Dinge stehen wir vor der Tatsache, daß noch viele christlich eingestellte Menschen die Mitarbeit an der Verwirklichung sozialistischen Gedankengutes ablehnen.

Welche Gründe hat diese gewiß auffällige Erscheinung?

Bei vielen Christen sind noch bürgerliche Ressentiments vorhanden. Hier erwächst unserer Partei die Aufgabe, diese Christen aus der Enge ihrer Vorstellungen zu lösen und ihnen begreiflich zu machen, daß trotz vorhandener weltanschaulicher Unterschiede zwischen Marxisten und Christen ein gemeinsames Handeln auf gesellschaftlicher Ebene durchaus möglich ist; ja mehr noch, erfolgen muß, wenn wir Christen Jesus Gefolgschaft leisten wollen. Der Gehorsam gegenüber dem Rufe Jesu führt nicht in die Feindschaft zum sozialen Wollen der neuen Gesellschaftsordnung. Es gibt gewiß keine Synthese zwischen Marxismus und Christentum. Aber trotz der weltanschaulichen Unterschiede und trotz der unbedingten Zusammengehörigkeit von Weltanschauung und Ethos ergeben sich doch von verschiedenen Voraussetzungen her die gleichen Konsequenzen für das gesellschaftliche Handeln.

Auf der Tatebene trennt uns also nichts vom Sozialismus in der heutigen Zeit. Lediglich die Motive, die zu diesem Handeln führen, sind verschieden. Wenn man das nicht beachtet, kommt man zu Pseudochristentum oder zu einem Pseudomarxismus. Das Wort von der Nächstenliebe ist dann gefährlich, wenn man nicht eindeutig zu begründen weiß, warum der wahrhaftige Christ von da aus heute den Sozialismus zu bejahen vermag. Die christliche Nächstenliebe hat eine weltanschauliche Motivschicht, die der Marxismus nicht kennt und nicht kennen kann: Sie ist immer mit dem Bewußtsein von der Gottesliebe verbunden. In der Praxis hört man oft, daß christliche Nächstenliebe einfach mit Sozialismus gleichzusetzen sei. Das ist eine Vereinfachung des Problems. Die Tatsache, daß Forderungen christlicher Ethik von christlichen Menschen mit einer bestimmten sozialökonomischen Formation verwechselt werden, hat seinen Grund darin, daß sie sich nicht klar darüber sind, daß nur das auf der

christlichen Ebene liegt, was im Namen Gottes oder zur Ehre Gottes getan wird. Praktisch heißt das: zwischen Christentum und Marxismus gibt es auf der Tatabene zahlreiche Berührungspunkte, während die Motive für diese Taten verschieden sind. — Der Leipziger Theologieprofessor Emil Fuchs sagt dazu im I. Band seines Buches „Christliche und marxistische Ethik (Lebenshaltung und Lebensverantwortung des Christen im Zeitalter des werdenden Sozialismus)“, erschienen 1956 bei Koehler & Amelang, auf Seite 100 ff.:

„Marxismus und Jesus Christus sind leidenschaftlicher Protest gegen das Zerbrechen des Menschseins durch die bestehende Gesellschaft, die den Menschen der ‚Selbstentfremdung‘ anheimfallen läßt. Beide rufen zur Weltgestaltung. Der Christ weiß sich in seinem Glauben verpflichtet, gegen die Sünde zu kämpfen und den Geist der Brüderlichkeit wirksam werden zu lassen; der Marxist weiß, daß er in der geschichtlichen Entwicklung eine hohe gesellschaftliche Verantwortung für die Befreiung des Menschseins hat. Beide wissen, daß ihre gegenwärtige geschichtliche Entscheidung für die Zukunft außerordentlich bedeutungsvoll ist. Christ und Marxist müssen in der konkreten gesellschaftlichen Situation verantwortliche Entscheidungen treffen, müssen kämpfen gegen das unvollkommene Bestehende und nach Mitteln und Wegen zur Umgestaltung zum Besseren suchen. Der Marxist will eine Menschengemeinschaft schaffen, in der eines jeden Kräfte sich frei entfalten können, indem sie zugleich der Gemeinschaft dienen und das Wohl aller fördern. Der Christ muß diesem Ziele zustimmen, weiß sich aber von Jesus zu einer Bestimmung aufgerufen, die das Irdische wohl einschließt, aber im Ewigen begründet ist. Beide — Christentum und Marxismus — schauen die Geschichte der Menschheit als ein Ringen gewaltiger Leidenschaften — eine ‚Geschichte von Klassenkämpfen‘ nennt es der Marxist, ‚Sünde‘ sagt das Christentum — an. Es ist für den Marxisten keine Frage, daß das Proletariat mit allen verfügbaren Mitteln — auch mit Gewalt — das Unrecht brechen muß. Für uns als Christen besteht die Aufgabe in dieser Frage darin, die Gewalt nach Kräften daran zu hindern, eine Unterdrückung von Menschen und Menschengruppen aufrechtzuerhalten. Wenn die herrschenden Mächte des Alten die Unterdrückung des Proletariats mit Gewalt aufrechterhalten, hat der Christ kein

Recht, die Gewalt bei denen zu verurteilen, die um die Befreiung von der Unterdrückung kämpfen. Heute suchen wir diese Wege einer neuen Gestaltung — und das ist kein Zufall, sondern ist geschichtlich verständlich — gemeinsam mit den Marxisten.“

Das Handeln des Christen dem Mitmenschen gegenüber wird also bestimmt aus seiner Verantwortung gegenüber Gott, die Sorge des Marxisten um den Menschen resultiert aus seiner Aufgabe, „die Selbstentfremdung des Menschen in zwei Klassen zu beseitigen“ (Marx). Aus diesen verschiedenen Motiven können gleiche Taten entspringen, was tatsächlich auch der Fall ist und im Aufbau des Sozialismus seinen Ausdruck findet. Daß hierbei der Führungsanspruch von der Arbeiterklasse erhoben wird, ist eine Selbstverständlichkeit, nicht zuletzt angesichts der Tatsache, daß Kirche und Christenheit im vergangenen Jahrhundert in entscheidender Stunde weithin versagt haben und daß der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit konsequent vom Marxismus aufgenommen wurde.

Erhärten wir nun das über gemeinsames Handeln von Christen und Marxisten Gesagte durch einige Beispiele auf der Tatabene!

Am Kampf um die Erhaltung des Friedens beteiligen sich Christen wie Marxisten. Der Marxist setzt sich für die Erhaltung des Friedens ein, weil für ihn der Friede die Voraussetzung für die Erfüllung der sozialistischen Forderungen und Ziele ist. Der Christ handelt hierbei in Erfüllung des göttlichen Auftrages „Friede auf Erden!“.

Freilich, über eins müssen wir uns klar sein: nämlich darüber, daß eine Handlung auch ohne christliche Motivierung höchsten sittlichen Werten entsprechen kann, nämlich dann, wenn sie humanistischen Zielen dient. Als Beispiel hierfür kann uns die Einstellung des Marxisten zur Verwendung der Atomkraft dienen. Er lehnt die Anwendung als Massenvernichtungsmittel ab, weil ihre Anwendung den Grundsätzen des Marxismus, die Erde zum Wohle der Menschheit zu verändern, diametral entgegensteht und die Verwirklichung des Sozialismus unmöglich macht. Andererseits sagt er freudig „Ja“ zur Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke, da die Atomenergie ihm die Möglichkeit gibt, in wesentlich kürzerer Zeit die Welt

schöner und reicher zu machen, als alle anderen bisher bekannten Hilfsmittel.

Auch der Christ lehnt die Anwendung der Atomenergie als Waffe ab, weil durch sie bzw. ihre unvorstellbare Wirkung Teile der göttlichen Schöpfung zerstört werden und ihre Anwendung auch nicht einen Hauch von christlicher Nächstenliebe verspüren läßt. Aber die Anwendung dieser Energie für friedliche Zwecke bejaht er genauso wie der Marxist aus vollem Herzen. Er tut es, weil er in der Atomenergie ein machtvolles Mittel zur Erfüllung des göttlichen Auftrages sieht, sich die Erde untertan zu machen und noch besser als bisher Mitarbeiter am Schöpfungswerke Gottes werden zu können, das niemals abgeschlossen sein wird.

Auch auf der Ebene der Beziehungen der Menschen und Völker zueinander treffen sich Christen und Marxisten, wenn auch aus ganz verschiedenen Beweggründen. Beide lehnen die Ausbeutung des einzelnen Menschen wie auch die ganzer Völker im Zeichen des Kolonialismus ab und pflegen den Gedanken der Brüderlichkeit und Völkerfreundschaft. Der Christ sieht im Menschen, ohne Unterschied des Standes, der Nationalität und der Rasse, das Ebenbild Gottes und damit seinen Bruder. Der Marxist bezieht seine Stellung auf Grund der Erkenntnis von der „Selbstentfremdung der Menschen in der Klassengesellschaft“ (Marx) und des proletarischen Internationalismus.

Berührungspunkte zwischen Christen und Marxisten finden wir auch beim Kampf gegen Schmutz und Schuld, der christlicherseits aus Gründen der christlichen Ethik, vom Marxisten in seinem Bemühen um eine neue sozialistische Moral geführt wird. Grundlegende Ausführungen dazu sind von unserem Generalsekretär Gerald Götting auf dem 8. Parteitag gemacht worden.

Wenn nun Kirche und Christenheit ernsthaft diesen neuen Weg in der Gewißheit suchen, daß der Weg Jesu Christi der Weg des Heils für den einzelnen wie für die Gesellschaft ist, dann finden sie in dieser Arbeit der Neugestaltung bereits die marxistische Bewegung vor. Gewiß kann weder das Christentum noch der Marxismus darauf verzichten, daß das Ziel, das sie schauen, die Aufgabe, die ihnen gegeben ist, die ganze Menschheit umfaßt. Aus dieser Tatsache könnte die Vorstellung entstehen, daß Christen und Marxisten Konkurrenten seien, die einander

ausschließen. Dem aber ist nicht so! Zu dem ganzen Problem führte auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED Walter Ulbricht sinngemäß das gleiche aus, wenn er sagte:

„Es wäre absurd, zu behaupten, die CDU wäre zum Beispiel ein politischer Satellit der SED. Es genügt, sich an die religiöse ideologische Plattform dieser Partei zu erinnern. Diese Plattform ist eine Sache der Überzeugung und des Gewissens. Und obwohl wir klar und unmißverständlich den Unterschied unserer ideologischen Anschauung erkennen, heben wir nicht das hervor, was uns trennt, sondern das, was uns im Kampf für die Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele im Interesse unseres Volkes vereint.“

Wie erfolgreich Christen und Marxisten arbeiten können, wenn sie nicht als Konkurrenten auftreten, sondern zusammen Hand in Hand arbeiten, zeigte sich beim Neuaufbau unserer durch den zweiten Weltkrieg völlig zerstörten Volkswirtschaft. Durch gemeinsame Arbeit wurde in Deutschland zum ersten Male ein Arbeiter- und Bauernstaat geschaffen, der allen schöpferischen Kräften unseres Volkes, unabhängig von ihrer Weltanschauung, volle Möglichkeit der Entfaltung bietet. Bezeichnend hierfür ist ein Wort, das Otto Grotewohl als Vertreter der Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik und als Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei seiner Begrüßungsansprache auf unserem 5. Parteitag sprach:

„Ich muß denjenigen als einen Toren bezeichnen, der bei dem schweren Aufbauwerk, das wir zu leisten haben, die Hand zur Mitarbeit bereiter und begeisterter Menschen nur deshalb zurückweist, weil sie eine andere Ideologie haben.“

Aus einer Fülle von Beispielen, die wir als Beweis für den Segen gemeinsamer Arbeit anführen könnten, wollen wir nur noch einige wenige herausgreifen. Schon bei der Aufstellung des 1. Fünfjahrplanes war unsere Partei mit einer Reihe konstruktiver Vorschläge zur Förderung unserer Industrie, insbesondere der Steigerung der Qualität ihrer Erzeugnisse, beteiligt. Andere konstruktive Vorschläge betrafen das Bauwesen, den Außenhandel sowie die Land- und Forstwirtschaft. Nachdem schon im Juli 1952 in einer Hauptvorstandssitzung sich unsere Partei rückhaltlos für den Aufbau des Sozialismus ausgesprochen

hatte, wurde dieses Bekenntnis auf dem 6. Parteitag noch untermauert. Seinen praktischen Ausdruck fand das u. a. auch darin, daß auf dem Parteitag agrarpolitische Leitsätze verabschiedet wurden, die sich insbesondere auf die Stellung des Bauern im politischen Leben und auf die Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften bezogen.

Eine ihrer Hauptaufgaben sah und sieht unsere Partei in der Mitarbeit auf dem Gebiete der Kulturpolitik. Das beweist die wiederholte Veranstaltung von Ausstellungen christlicher Kunst, das beweist die Arbeit unserer Buchverlage und auch die Pflege der Kirchenmusik.

Auch an der Gestaltung des Schul- und Hochschulwesens in unserer Deutschen Demokratischen Republik haben wir unseren Anteil, ebenso wie auf dem Gebiete des Ausbaues des Gesundheitswesens und der Landwirtschaft. Gleichzeitig haben wir nicht zu übersehende Erfolge in dem Bemühen um die Beseitigung der Spannungen zwischen Kirche und Staat gehabt.

Bedeutsame Vorschläge hat unsere Partei immer wieder zur Förderung der privaten Wirtschaft und ihrer Einbeziehung in den sozialistischen Aufbau gemacht. Einen besonders bemerkenswerten Beitrag leistete sie, indem sie den Vorschlag staatlicher Kapitalbeteiligung an privaten Industriebetrieben unterbreitete. Damit wurde durch die Initiative der CDU eine Wende in der privaten Industrie eingeleitet. Dabei ging es unserer Partei nicht nur darum, die Erfahrungen der privaten Unternehmer dem Staate beim Aufbau des Sozialismus nutzbar zu machen und die Kapazität der privaten Betriebe noch mehr als bisher auszuschöpfen, sondern besonders auch darum, daß dem Privatunternehmer ein fester Platz im Aufbau des Sozialismus angewiesen und ihm das Bangen um seine und seiner Familie Existenz genommen werde. Ähnlich sind die Vorschläge unserer Christlich-Demokratischen Union auf dem Gebiet des Handwerks und des Einzelhandels zu werten.

Nicht zuletzt beweist auch die Auszeichnung vieler Unionsfreunde mit dem Vaterländischen Verdienstorden, dem Nationalpreis, den Ehrentiteln „Held der Arbeit“, „Verdienter Erfinder“, „Verdienter Lehrer des Volkes“, „Verdienter Arzt des Volkes“ usw., daß sich die große Mehrzahl unserer Mitglieder aus christlicher Verantwortung ernsthaft um die Gestaltung des neuen Lebens bemüht.

Diese vielen Beispiele zeigen, daß gerade in der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Verwirklichung christlicher Anliegen viel eher und besser als in jeder vorangegangenen Gesellschaftsordnung möglich ist und daß der Beitrag christlicher Menschen zum Aufbau des Sozialismus von der Gesellschaft anerkannt und begrüßt wird.

Schließen wir mit den Worten von Professor Emil Fuchs auf den Seiten 180/181 seiner schon erwähnten „Christlichen und marxistischen Ethik“:

„Was würde es bedeuten, wenn die Christenheit in ihrer großen Mehrheit und ihren entscheidenden Organisationen zwischen die kämpfenden Mächte träte und durch praktisches Beispiel ihre Stimme erheben würde gegen alle Verleumdung, Lüge, Spionage und Sabotage, alle die unanständigen Mittel, die heute auch die ‚christlichsten‘ Staatsmänner anwenden. Solange aber die Kirche dieser Politik und allen ihren Mitteln nicht in ganzer Entschlossenheit entgegensteht, solange sie sogar die Sünde entschuldigt und rechtfertigt, so lange arbeitet sie daran, ihre eigene Botschaft für sich und die Menschheit kraftlos, unglaubwürdig zu machen.“

Literaturverzeichnis

1. Johannes Leipoldt: Der soziale Gedanke in der altchristlichen Kirche (Koehler & Amelang, Leipzig 1952).
2. Johannes Leipoldt: Die Frau in der antiken Welt und im Urchristentum (Koehler & Amelang, Leipzig 1955).
3. Christlicher Realismus — Hauptreferate und Thesen der Arbeitstagung der CDU in Meißen.
4. Fernstudium der CDU — Die Verantwortung des Christen.
5. „Union teilt mit“ — 4. Jahrgang Nr. 9: „Wegbereiter unserer Idee“.
6. Walter Bredendiek: Christliche Sozialreformer des 19. Jahrhunderts (Koehler & Amelang, Leipzig 1953).
7. Emil Fuchs: Christliche und marxistische Ethik (Koehler & Amelang, Leipzig 1956).
8. Dr. theol. Haufe, Leipzig: Christliche und marxistische Ethik („Neue Zeit“ Nr. 33 vom 8. 2. 1957).